

## **Vermögensbildung als weitere Grundsäule des Sozialstaates**

*von Helmut Krebs*

Das Erstarken populistischer Strömungen in den hochentwickelten liberalen Demokratien lässt viele Demokraten ratlos. Wie kann es sein, dass in einer Zeit, in der es uns besser denn je geht, die Stunde der Fundamentalopposition schlägt? Schauen wir auf die Debatten in den einzelnen Ländern, finden wir Antworten wie diese: Die Flüchtlingsströme aus den Bürgerkriegsgebieten Vorderasiens und die unregulierte Einwanderung aus Schwarzafrika; die Staatsschuldenkrise vor allem in den südlichen Euroländern; die terroristische Bedrohung durch islamofaschistische Gruppierungen; die Verbreitung von Verschwörungstheorien in den social media; die Stagnation in wirtschaftlich schwachen Gebieten trotz anhaltenden Geldtransfers; die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich u.ä. Die Frage ist jedoch, was ist das gemeinsame Band zwischen Regionalismus, Neo-Nationalismus, Antikapitalismus und Antiamerikanismus? Warum gewinnen autoritative Staatskonzepte an Attraktivität, nicht nur in den Visegrad-Staaten, sondern auch in den USA, in Frankreich und in skandinavischen Ländern?

### ***Die Krise ist eine Folge der Globalisierung***

Die Antwort lautet: Es ist die Krise des Sozialstaates, es ist die wirtschaftliche Lage von erheblichen Teilen der Bevölkerung, die sich ihnen als hoffnungslos und beängstigend darstellt. Angst und Sorge sind die Treibstoffe der Entwicklung. Die soziale Krise ist zugleich eine psychische. Das Modell der westlichen Länder, die Demokratie schafft nicht schnell genug Wohlstand für alle, schafft für viele niemals Wohlstand, während die Wirtschaft boomt und globale Großunternehmen unermessliche Vermögen ansammeln. Der Volkswagenkonzern weist in seinem Geschäftsbericht 2017 kurzfristige Vermögenswerte in Höhe von 160 Milliarden Euro aus (2016: 155 Mrd.). Für die Prüfung des Konzernabschlusses wurde an PricewaterhouseCoopers ein Honorar in Höhe von 33 Mio. Euro bezahlt (2016: 27 Mio. Euro). Aus der Sicht von abhängig Beschäftigten im Pflegebereich, in der Gastronomie, in der Logistik, in der Medienbranche bietet unsere Staats- und Wirtschaftsordnung nur Aussicht auf sehr langsame Fortschritte durch Sinken der relativen Preise der Konsumgüter. Insofern sind auch sie Profiteure der Globalisierung. Die preisgünstigen asiatischen PCs und Smartphones können auch von ihnen erworben werden. Die Konsumenten empfangen die Segnungen des Fortschritts aber passiv. Die Hebung des Lebensstandards geht nicht auf ihre eigene Leistung zurück und macht sie daher auch nicht stolz und stark. Die Verbesserungen sind kaum wahrnehmbar, weil sie in dem Feuerwerk ständig neuer Produkte untergehen und ohnehin vor allem die Grundgüter betrifft. Für Millionen Menschen besteht kaum Aussicht auf Realloohnerhöhungen, lebenslang sichere Arbeitsplätze und Anerkennung der Leistung. Gewiss, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch die Hartz-Reformen senkten die Arbeitslosenzahlen von etwa 5 auf etwa 2,5 Mio. Menschen. Doch stehen die wieder ins Erwerbsleben Integrierten auf der untersten Stufe der sozialen Schichtung, und die meisten von ihnen ohne Chance auf Aufstieg. Nur die wenigsten schaffen es vom 1-Euro-Unternehmer im Hermes-Versand zum Facharbeiter in der Automobilbranche. Auch ohne die Armutseinwanderung bildet sich ein neues Proletariat heraus, das durch die Sicherheit des Existenzminimums zwar vor der Verelendung geschützt ist, jedoch auch keine Hoffnung auf ein besseres Leben hat. Hoffnungslosigkeit ist der Nährboden der Krise.

### ***Einige Ursachen der gesellschaftlichen Spaltung***

Die Problematik wird von Soziologen und Ökonomen der marxistischen Tradition lautstark beklagt. Ihre Lösungsvorschläge (weitere Regulierung der Löhne, bedingungsloses Grundeinkommen, Verbot befristeter Arbeitsverträge, Vermögensumverteilung, konfiskatorische Besteuerung u.ä.) sind kontraproduktiv und erwie-senermaßen unvernünftig. Doch ändert dies nichts daran, dass von liberaler Seite das Problem eher verdrängt, denn begriffen wird. Es existiert. Und es ist noch nicht genügend theoretisch erforscht. Gehen wir ei-

nigen Bedingungen auf den Grund, die für die Wiederbelebung der sozialen Frage ursächlich sind. Solche Konzepte sind uraltes und schon immer falsches Gedankengut der Sozialisten, die aus der Dynamik der Industrialisierung abgeleitet wurden. Wo sich ein Übergang vom Agrarland zur Industrienation vollzieht, können auf der Grundlage der Produktivitätsteigerungen der Industrieproduktion höhere Lohnanteile abgeführt werden, die als Nachfrage die Industrie-Produktion beleben. Doch heute herrschen andere Bedingungen.

Da wäre erstens zu nennen, die Deindustrialisierung in den Hochlohnländer durch die Vertiefung der globalen Arbeitsteilung. Man hat versucht, den Niedergang der Montanindustrie im Ruhrgebiet durch Ansiedlung von neuen Wirtschaftsbranchen zu kompensieren. Doch gelingt es nicht in ausreichendem Maße, den Menschen, die fähig sind, industrielle Arbeit zu leisten, in anderen Branchen Alternativen zu schaffen, nicht nur weil nicht alle Menschen alles können und weil wir Arbeiter nicht von Gelsenkirchen in die Bergwerke Chinas verfrachten können, sondern auch darum, weil die neuen Branchen der *untouchable products* mit sehr viel weniger Arbeitskräften auskommen. Beim dem Logistikunternehmen *Amazon* sind 556.000 Menschen beschäftigt. Es erzielt einen Nettogewinn von 3 Mrd \$, das sind 5.359 pro Beschäftigten bei einer Nettogewinnmarge von 1,7 %. (Übrigens verdient Amazon vor allem mit seinen Cloud-Angeboten, während der Einzelhandel fast unrentabel ist.) SAP beschäftigt 88.543 Menschen und erzielt einen Jahresgewinn von 4 Mrd. Euro, 45.379 Euro pro Beschäftigten bei einer Nettogewinnmarge von 17,1 %. Entsprechend verhalten sich die Lohnniveaus. Amazon-Arbeiter rangieren weit unten, SAPler weit oben in der Rangordnung. (Zum Vergleich: Bei Volkswagen erwirtschaftet ein Mitarbeiter 1.700 Euro Gewinn, Nettogewinnmarge 4,9 %.) Das ist ohne gewaltsame Eingriffe nicht zu ändern, nicht ohne für alle sehr schädliche Eingriffe in die wirtschaftliche Freiheit. Die heutigen aggressiven gewerkschaftlichen Streiks finden in hochprofitablen Branchen wie der Luftfahrt statt. In den übrigen Branchen haben sich Arbeitskämpfe längst zu einem Ritual verwandelt, bei dem die Teilhabe am allgemeinen Wachstum organisiert wird.

Zweitens: Die Anforderungen an die Berufe, die vor Jahrzehnten von Volks- bzw. Hauptschülern ergriffen werden konnten, sind angehoben worden. Ausbildungsplätze in der Krankenpflege oder als Mechatroniker/Elektroniker sind ohne Abitur kaum zu bekommen. Was wird dann aus den immer noch verbliebenen Hauptschülern? Mir sagte einmal einer von ihnen auf meine Frage, was er werden will: „Ich hartze.“ Er hatte eine Stelle als Fliesenleger angeboten bekommen, war aber körperlich kaum dazu in der Lage. Um es gleich zu sagen: Gewiss muss zwischen dem Mindesteinkommen und einem regulären Arbeitseinkommen eine Anreiz erzeugende Spanne liegen, und der Übergang muss mit stärkeren Anreizen ausgestaltet werden. Doch das Grundproblem ist mit solchen Nachbesserungen nicht gelöst.

Mit der Deindustrialisierung in den hochentwickelten Ländern geht ein unersetzlicher Sektor des Arbeitsmarktes verloren. Der tertiäre Sektor ist zwiegespalten in einen Teil, der hochrentabel ist und einen, der hinsichtlich seiner Produktivität stagniert. Die Produktivität von Köchen bei McDonalds oder von Aldi-Angestellten lässt sich nur unwesentlich weiter steigern. Da hier mit sehr knappen Nettogewinnmargen gewirtschaftet wird, sind Lohnhebungen nicht möglich, höchstens Anpassungen der Löhne an die allgemeine Teuerung der Konsumgüter. Diese Branchen sind logischerweise auch nicht gewerkschaftlich organisiert und es finden auch kaum Lohnkämpfe statt. Andererseits können Unternehmensberater, Finanzökonomien oder Ärzte sehr hohe Einkommen erzielen. Ihnen steht eine zahlungskräftige Nachfrage gegenüber.

### ***Die neue Gerechtigkeitsfrage***

Die Spaltung zwischen Arm und Reich, die die Linke in polemischer Absicht anprangert, ist irrelevant für die Mehrheit der Bürger, weil ihre Lage in keiner Weise von dem Reichtum der obersten ein Prozent abhängt. Aber von der Lage der oberen zwanzig Prozent hängt sie sehr wohl ab. Denn diesen geht es gut, aber jenen nicht. Die Yachten der Superreichen in Monte Carlo jucken den Postboten nicht, auch nicht die Einkünfte seiner Sportlerstars. Die neue soziale Spannung verläuft zwischen der oberen Mittelschicht und der Unterschicht, zwischen Profiteuren der vertieften globalen Arbeitsteilung und denen, die ausgeschlossen sind. Die frivole Reichtum russischer oder chinesischer Oligarchen provoziert europäische Unterschichten mehr. Der Erfolg Piechs oder Porsches ist erträglich, weil er aus der gleichen Erfolgsstory stammt, die den Industriearbeiter zu Urlaub, Auto und Eigenheim verhalf. Aber die Mehrheit der Russen und Chinesen bleibt arm. Es ist kein Problem der Umverteilung, sondern eines mangelnder Lebenschancen der unteren Schichten. Hier tut sich ein Gerechtigkeitsproblem auf. Gerechtigkeit ist nicht die Frage der Einkommens- und Vermögensvertei-

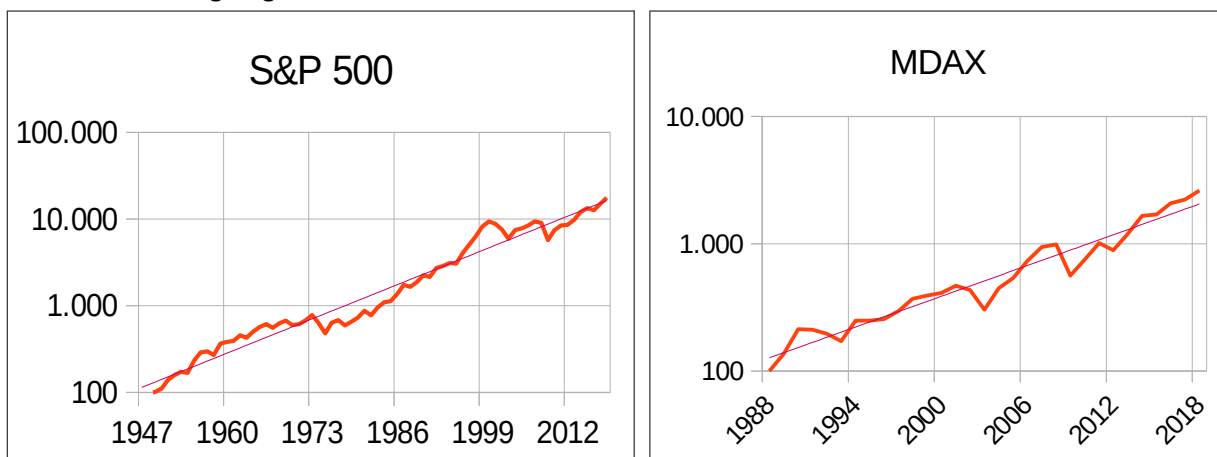
lung, sondern das der Chancenverteilung. Wenn der ganze Kuchen größer wird, wachsen auch die kleinen Stücke, wenn die großen wachsen. Wenn es jedoch so ist, dass der Kuchen größer wird und dennoch die kleinen Stücke immer gleich bleiben, ist das ungerecht. Es geht darum, einen Ausweg aus der Auswegslosigkeit zu suchen. Das Problem ist der Mangel an Vermögen und die damit einhergehende existenzielle Schwäche, aus der trügerische Hoffnung wächst, ein autoritativer Staat möge mehr Sicherheit geben. (Gewiss trage ich hier eine monokausale Erklärung vor, und räume ein, dass es noch andere Faktoren zu bedenken gilt. Doch glaube ich daran, dass dieser Punkt besonders gewichtig ist.)

Für die unteren Einkommensschichten ist die Schwächung der gesetzlichen Rente ein bedrohliches Szenario. Die Mehrheit ihrer Zugehörigen sind ohne jedes Vermögen, außer ihren Rentenansprüchen und den Altersrücklagen in den gesetzlichen Krankenversicherungen. Wer ohne Vermögen durch das Leben geht, fühlt sich schwach und hilflos in gewiss eintretenden Notfällen. Die zu erwartende Altersarmut nach jahrzehntelanger Schufferei kränkt die Betroffenen nicht nur, es ist eine Bedrohung. Aus erlebter Schwäche wächst Wut und Empörung gerade bei denen, die arbeiten können und wollen. Doch die Einrichtungen des Sozialstaates sind auf die Bedingungen der Industriegesellschaft zugeschnitten, wo die Mehrheit der Erwerbstätigen von der Progressivität der Industrie profitiert. Der tertiäre Sektor ist, wie gezeigt, nur zum Teil progressiv, und wirft daher nur für einen Teil der Beschäftigten wachsendes Einkommen ab. Der große Rest tritt ewig auf der Stelle und wird im Alter auf das Existenzminimum gedrückt. Denn die gesetzliche Rente wird sich genau dorthin bewegen.

### Der Vermögensfonds

Der hier unterbreitete Lösungsvorschlag lässt sich in einem Satz zusammenfassen. **Die sozialstaatlichen Einrichtungen sollen um eine weitere Säule ergänzt werden, nämlich einem kapitalbasierten Vermögensfonds.** Ein Teil der Sozialabgaben soll in einen Fonds fließen, ähnlich einem Aktienfonds, an dem der Teilnehmer einen persönlich zugeordneten Anteil besitzt, das seinem eigenen Beitrag entspricht. Die Beträge werden in Aktien angelegt.

Eine Aktienanlage, wenn sie vernünftig und sachkundig erfolgt, ist die rentabelste und sicherste Anlageform von allen. Als Indikator der Rentabilität können wir repräsentative Aktienindizes verwenden. Im S&P500 sind die fünfhundert größten Börsenunternehmen der USA gelistet. Er erzielte seit 1947 einen durchschnittlichen Wertzuwachs von jährlich 7,6 %. Die Performance verlief wie folgende Grafik in logarithmischer Skalierung zeigt:



Auch deutsche Aktienunternehmen wirtschaften rentabel. Die im MDAX gelisteten 50 mittelgroßen Unternehmen erzielten seit 1988 durchschnittlich einen Jahresertrag von 11,9 %. (Eigene Berechnungen.)

### ***Eine Modellrechnung für untere Einkommensschichten***

Nehmen wir an, dass die 18,6 % des Bruttoarbeitslohnes, die derzeit in die Rentenkasse abgeführt wird, in zwei gleich große Teile gesplittet werden, wobei die eine Hälfte weiterhin in die gesetzliche Rentenkasse fließt, die andere aber in den Vermögensfonds auf Aktienbasis. Nehmen wir einen Jahreslohn von 20.000 Euro an, was in der unteren Hälfte der Einkommensskala liegt, so ergeben sich folgende Erwartungen im Hinblick auf einen Vermögensaufbau: 40 Jahre Erwerbstätigkeit, 9,3 % auf 20.000 Euro pro Jahr = 1860 Euro jährliche Spareinlagen. Jährliche Verzinsung mit 7 % (sehr defensive Aktienanlage) ergibt ein Endvermögen von 371.000 Euro. Aus diesem lassen sich jährlich 7 % liquidieren, das sind 25.970 Euro (brutto). Netto nach Quellensteuer sind es immerhin noch 19.477 Euro. Das ist eine attraktive Zusatzrente.

Die erste Hälfte der Beiträge fütterte die gesetzliche Rentenkasse und wirft natürlich bedeutend weniger ab. Nehmen wir optimistisch an, sie würde mit 2 % jährlich verzinst, dann kommt ein Gesamtertrag von 112.348 Euro zustande. Davon sollen jährlich 2 % entnommen werden, also 2.246 Euro (brutto). Eine weitere Verbesserung kann erzielt werden, wenn auch die gesetzliche Rentenkasse wenigstens teilweise in Aktien anlegt.

### ***Die Auswirkungen sind ermutigend***

Ganz entscheidend für die sozialpsychologische Wirkung dieses Modells ist die Individualisierung des Vermögens. Während die gesetzliche Rente einem Umlagemechanismus unterliegt und damit intransparent ist, soll die kapitalbasierte Vermögensbildung nicht umgelegt werden. Was jeder aus seinem Einkommen einlegt und anlegt, gehört ihm allein. Er kann es nur nicht vor Erreichen der Altersgrenze nutzen. Jährlich erhält er einen Depotauszug, in dem sein augenblicklicher Vermögenswert ausgewiesen wird. Er sieht Jahr um Jahr Wachstum seines eigenen Vermögens und blickt der Zukunft mit Hoffnung entgegen. Wenn Konrad Adenauer zurecht annahm, dass Eigenheimbesitzer für die Verführung des Kommunismus immun sind, so werden Vermögensbildner immun für die Verführungen der Populisten und Autokraten.

Der allgemeine Vermögensfonds kann auch zu einer zusätzlichen Rücklagenbildung genutzt werden. Wer freiwillige Zusatzbeiträge leistet, kann einen zweiten Topf füllen, der auch vor Erreichen der Altersgrenze abgeschöpft werden kann. So wird Aktiensparen kinderleicht und kann sich zu einem Volkssport entwickeln.

Ohne in Details der Ausgestaltung einzugehen, eröffnet sich auf diesem Weg die Möglichkeit, Chancen/Risiko-Profile anzubieten. Es ist denkbar, dass die Vermögen von privaten Verwaltern unter staatlicher Kontrolle und Regulierung arbeiten und miteinander um höhere Renditen wetteifern.

Wenn nicht mehr entnommen wird, als jährlich durchschnittlich erwirtschaftet wird, bleibt der Kapitalstock unangetastet. Er fließt in die Erbmasse ein. Mit den Generationen baut sich so ein beträchtliches Vermögen auf. Dies zeigt folgende Modellrechnung. Zwei Erben beziehen den Kapitalstock (371.000 Euro), das sind pro Erben 185.500 Euro (brutto) oder 139.125 Euro netto. Der Einfachheit halber nehmen wir an, dass das unselbständige Einkommen weiterhin bei 20.000 Euro liegt. Nach einer vierzigjährigen Spardauer baut sich das Vermögen auf 2.454.643 Euro auf. Daraus entnehmen wir jährlich 7 %, also 171.825 Euro. Der Aufstieg in die Mittelklasse ist geglückt.

Der Vermögensfonds steht allen Bürgern offen. Er muss für die unteren Einkommensschichten verbindlich sein, so wie die heutige gesetzliche Rentenversicherung und oberhalb von Einkommensgrenzen freiwillig. Doch auch höhere Einkommensbezieher können von ihm profitieren, weil sie der Mühe der privaten Vermögensverwaltung enthoben sind.

Die seither bestehenden, doch wenig attraktiven Einrichtungen der Zusatzrente und der Vermögensbildung können mit der neuen Form der kapitalbasierten Vermögensbildung über einen allgemeinen Fonds verschmolzen werden.

Natürlich müssen Standards und Rahmenbedingungen formuliert werden. Aktiensparen hat nichts mit Trading zu tun. Es ist Investment. Portfolioaufbau, Diversifikation, Auswahl der Unternehmen und der Abschluss hochspekulativer Termingeschäfte müssen an allgemeinen Maßstäben gemessen werden können. Auswahl der rentabelsten und langfristig stabilsten Unternehmen und jahrelanges Liegenlassen der Stücke sind die Methode der Wahl.

Selbstverständlich wirft die Einführung dieser neuen Säule des Sozialstaates eine Reihe von Problemen auf. Die Finanzierung der heutigen Rentenkassen hängt schon jetzt schief. Der Generationenvertrag wird geschwächt. Doch führt langfristig kein Weg an einem neuen Modell vorbei, das den heutigen Gegebenheiten gerecht wird.

Man mag aus einer radikalliberalen Sicht einwenden, dass dieses Modell paternalistische Züge trägt. Das ist in der Tat zutreffend. Nur ist es erstens weniger paternalistisch als die gesetzliche Rentenversicherung, die einen großen Teil der Bruttolohnes eintauscht gegen Altersarmut und zweitens liegt es an der Gestaltung der Höchstgrenze, inwieweit der Zwang reicht. Wenn Generationen damit gute Erfahrungen gemacht haben, lässt sich auch hier eine Minderung des Zwangscharakters schrittweise durchführen. Vor allem kommt es doch auf folgenden Gesichtspunkt an:

Aus ängstlichen Abhängigen der staatlichen Altersvorsorge, bei der Schmalhans Meister ist, werden auf diesem Weg ertüchtigte eigenverantwortliche Profiteure der progressiven Branchen, wo nicht als Mitarbeiter so doch als Kapitalgeber. Aus Globalisierungsverlierer werden Globalisierungsgewinner. Wir können gar nicht abschätzen, welchen Mentalitätswandel dies für das gesellschaftliche und politische Leben herbeiführt.